

Medienmitteilung

Abschaffung der Pauschalbesteuerung:

Mutloser Bundesrat – zuversichtliche Initiantinnen und Initianten

Nachdem der Bundesrat bereits im März die Ablehnung der Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung beschlossen hatte, will er jetzt offenbar zügig vorwärts machen. Die heute verabschiedete Botschaft bringt keine neuen Argumente. Mit seinem Nein hat der Bundesrat eine weitere Chance verpasst, ein obsoletes Steuerprivileg für Superreiche zu beseitigen und eine auch aussenpolitisch heikle Steuer-Baustelle zu räumen.

Die Initiative fordert gleiche Spielregeln für alle: jeder soll Steuern nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zahlen. Die Pauschalbesteuerung verletzt die Rechtsgleichheit und untergräbt die Steuermoral. An dieser grundsätzlichen Ungerechtigkeit vermag auch die vom Parlament im letzten Herbst beschlossene kosmetische Verschärfung beim Pauschalsteuer-Tarif nichts zu ändern. Zudem wurde den bisherigen 5'500 Profiteuren eine fünfjährige Übergangsfrist ab Inkraftsetzung eingeräumt; damit bleibt für sie bis mindestens 2019 alles beim Alten.

Kantonsweise Abschaffung: positive Zwischenbilanz

Die Initiantinnen und Initianten – die Alternative Linke (AL), unterstützt von SP, Gewerkschaftsbund und Unia – sehen der Abstimmung über die Initiative mit grosser Zuversicht entgegen. Die bisherige kantonale Abstimmungs-Bilanz ist positiv. 2009 – 2013 haben Abschaffungs-Initiativen in fünf Kantonen (ZH, SH, SG, AR und BL) eine Stimmen-Mehrheit erhalten; zudem hat in Baselstadt das Parlament mit grossem Mehr die Abschaffung beschlossen. Ein Nein resultierte in Bern, Nidwalden, Thurgau und Luzern, wobei die Abschaffungs-Initiativen in den beiden letzten Kantonen beachtliche 47 – 48% Ja-Stimmen erzielten. Ein Vergleich mit dem Ergebnis der Steuergerechtigkeits-Initiative der SP von 2010 zeigt, dass die Pauschalsteuer-Initiativen durchwegs 11 – 23% mehr JA-Stimmen erzielen. Die Abschaffung auf gesamtschweizerischer Ebene ist damit absolut mehrheitsfähig.

Zürich: Abschaffung zahlt sich aus

Dass sich mehr Steuergerechtigkeit durchaus auszahlen kann, hat das Beispiel Zürich gezeigt. Die angeordnete komplette Abwanderung der Pauschalbesteuerten hat nicht stattgefunden: rund die Hälfte ist geblieben. Unter dem Strich nimmt das Steueramt von den Verbliebenen mehr Steuern ein als von allen Profiteuren gesamthaft zuvor.

Schluss mit dem Pauschalsteuer-Tourismus

Nachdem bereits eine Reihe von Kantonen die Pauschalbesteuerung abgeschafft hat, drängt sich eine Abschaffung auf gesamtschweizerischer Ebene immer mehr auf. Damit kann auch dem Steuer-Tourismus pauschalbesteuerten Millionäre und der interkantonalen Schmuttel-Konkurrenz Einhalt geboten werden, die bei der Abschaffung in einzelnen Kantonen punktuell drohen.

Zürich/Bern, 26. Juni 2013

Auskünfte:

Niklaus Scherr (AL, Initiativ-Koordinator Deutschschweiz) 044 241 77 18; Fred Charpié (Sekretär Alternative Linke - La Gauche – La Sinistra) 078 892 73 74; Susanne Leutenegger Oberholzer (SP) 079 673 01 03; Nico Lutz (Unia) 076 330 82 07